

Gericht stoppt Gasbohrungen vor Borkum: Sieg für Umweltschutz!

Gericht stoppt in letzter Minute Gasbohrungen vor Borkum: Erfolg für die Deutsche Umwelthilfe schützt Meeresbiotope.

Gericht stoppt geplante Gasbohrungen vor Borkum

Berlin (ots)

Ein bedeutender juristischer Sieg für Umweltschützer: Das Verwaltungsgericht Oldenburg hat in einem Eilverfahren einem Antrag der Deutschen Umwelthilfe (DUH) stattgegeben, der die geplanten Gasbohrungen vor der Insel Borkum betrifft. Dieses Urteil stellt einen wichtigen Schritt zum Schutz empfindlicher Ökosysteme in der Nordsee dar.

Detaillierte Einblicke in die Umweltschutzbewegung

Die DUH, unterstützt von der Bürgerinitiative Saubere Luft Ostfriesland und dem BUND Niedersachsen, hat sich erfolgreich gegen die Erlaubnis zum Bau eines Seekabels eingesetzt, das notwendig sein sollte für den Betrieb einer Gasbohrplattform. Der geplante Beginn der Bauarbeiten war für Freitag angesetzt. Das Gericht stellte klar, dass wirtschaftliche Interessen des Unternehmens One-Dyas keinesfalls die Zerstörung geschützter Steinriffe rechtfertigen können.

Ökologische Dimension der Entscheidung

Die Entscheidung des Gerichts ist nicht nur ein Sieg für die DUH, sondern sendet auch ein starkes Signal an die Politik. Constantin Zerger, Leiter Energie und Klimaschutz der DUH, äußerte sich erfreut: „Die wirtschaftlichen Interessen des Konzerns sind kein Freibrief für Umwelt- und Naturzerstörung in der Nordsee.“ Dies betont die Relevanz des Urteils für den Klimaschutz und die internationale Glaubwürdigkeit Deutschlands.

Konsequenzen für den Umgang mit Naturschutz

- Das UNESCO-Welterbekomitee hat Deutschland erst kürzlich wegen der industriellen Nutzung des Wattenmeers gerügt, die mit dem Welterbestatus in Konflikt steht.
- Die Genehmigung zum Bau des Seekabels wurde unter dem Vorwand erteilt, dass keine bedeutenden Lebensgemeinschaften in der Umgebung existieren. Neuere Erkenntnisse legen jedoch nahe, dass es dort wertvolle Steinriffe gibt, die rechtlich geschützt sind.

Bürgerinitiativen und das Engagement für den Naturschutz

Der Vorstandsvorsitzende des BUND Niedersachsen, Susanne Gerstner, bezeichnete die Gerichtsentscheidung als ein wichtiges Signal für den Schutz des Wattenmeeres. Sie forderte sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung auf, das umstrittene Projekt endgültig abzusagen. Auch Bernd Meyerer, Sprecher der Bürgerinitiative, äußerte sich zur Situation und betonte die fraglichen Voraussetzungen, unter denen die Genehmigung erteilt wurde.

Geplante Demonstrationen und öffentliche

Mobilisierung

Um auf die Wichtigkeit des Themas aufmerksam zu machen, haben die Organisationen Fridays for Future und andere Umweltverbände Demonstrationen auf Borkum angekündigt. Ziel ist es, die niedersächsische Landesregierung zur endgültigen Absage des Projekts aufzufordern.

Ausblick auf die kommenden Schritte

Die Genehmigung der Bohrungen auf deutscher Seite steht weiterhin aus, nachdem die niederländische Seite Ende März 2024 eine neue Genehmigung erteilte. Die DUH gibt sich optimistisch, dass das Hauptverfahren auch in dieser Sache eine positive Wendung für den Umweltschutz bringen wird.

Das Urteil stärkt die Widerstandsbewegung gegen die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und zeigt die Bedeutung einer umfassenden Umwelt- und Klimapolitik auf, die nicht nur die Interessen einzelner Unternehmen, sondern das Wohl des Planeten in den Vordergrund stellt.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de